

Ausgesprochen kulant zur Wirtschaft

Lockdown: „Weiter im Krisenmodus“ und „Appelle reichen nicht“, FR-Politik und -Meinung vom 20. und 16. Januar

Bessere Ausstattung der Gesundheitsämter

Der Kompromiss von Bund und Ländern führt noch nicht weit genug, auch wenn es richtig erscheint, am Ende einen sehr pragmatischen Weg zu wählen und nicht auf eine leere Symbolpolitik wie etwa der Marke Markus Söder zu setzen, wo häufig mehr die persönliche Inszenierung als bayerischer „Corona-Cowboy“ als die wirkliche Effizienz der Maßnahmen im Mittelpunkt steht. Schließlich wurde mit einer besseren Ausstattung der Gesundheitsämter wie zum Beispiel durch eine großflächige Einstellung von computeraffinen studentischen Aushilfen für die Nachverfolgung von Infektionsketten einer der wichtigsten Punkte überhaupt zur Bekämpfung der Corona-Pandemie vom von Helge Braun geleiteten Kanzleramt komplett vergessen.

Deshalb bedarf es hier dringender einer besseren politischen Selbstreflexion, zumal die SPD trotz der Notwendigkeit von mehr Homeoffice keine geringe Gefahr läuft, sich ausgerechnet im Jahr einer Bundestagswahl als eher arbeitnehmerfeindlich darzustellen, wenn sie das Ziel vor allem über gefühlte bürokratische „Schikanen“ im Büro und nicht positive Anreize oder einen Rechtsanspruch erreichen will! Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Keine zwingenden Auflagen für die Wirtschaft

Im Leitartikel vom 16.1. spricht Steven Geyer genau das aus, was ich denke: Während immer schärfere Einschränkungen des Privatlebens und der Bewegungsfreiheit beschlossen werden, ist das Verhalten der Politik gegenüber großen Teilen der „Wirtschaft“ frapierend kulant!

Kindern und Jugendlichen werden gerade wieder Bildungschancen und Entwicklungsmöglichkeiten genommen – durch eingeschränkten Schulbetrieb. Doch wo sind schärfere Maßnahmen für die Mitarbeiter in Betrieben und Büros? Welches Ordnungsamt kontrolliert dort

die Einhaltung bestehender Regelungen? Die Anzahl der im Homeoffice Arbeitenden war im ersten Lockdown doppelt so hoch wie aktuell. Die Bundeskanzlerin beließ es zuletzt bei einem Appell, großzügige Homeoffice-Möglichkeiten zu schaffen! Wie so oft: Keine zwingenden Auflagen für die „Wirtschaft“, aber weitere Pflichten und Verbote für das Privatleben!

Leidtragend sind – neben den kinderbetreuenden, überlasteten Eltern – schon wieder die Jüngeren, denn sie haben keine Lobby. Es geht für die Kinder gar nicht primär darum, Englisch oder Mathe zu lernen. Es geht darum, Sozialverhalten einzuüben, Freunde zu treffen und Regeln zu praktizieren oder mal zu übertreten, erst recht, weil Sportveranstaltungen und andere Aktivitäten nicht stattfinden. Voraussetzungen für einen geregelten Schulbetrieb hätten längst geschaffen werden können (z.B. Klassenräume mit Lüftern ausstatten). Auch müssen endlich verbindliche Regeln her, bis zu welcher Inzidenz und für welche Altersgruppen Präsenzunterricht, Wechselunterricht oder Homeschooling stattfindet usw. Leider ist es so: Kinder und Eltern haben keine Lobby! Doch sie haben einen Anspruch, dass sie mindestens genauso ernst genommen werden wie die „Wirtschaft“. Winfried Kallabis, Dieburg

Munition für die Rattenfängerpartei

Das Thema Impfung nimmt, aus lauter Aktionismus mancher Politiker, immer unkoordiniertere Züge an, zur Verunsicherung der Bevölkerung. Einige Beteiligte sollten sich die Geschichte mit dem Ei des Kolumbus vergegenwärtigen. Dann würden sie Verständnis aufbringen, warum man nicht die richtigen Mengen Impfstoff bei den richtigen Erzeugern ordern konnte.

Eine gesetzliche Impfpflicht ist kompletter Humbug, da nicht gesetzlich durchsetzbar, und sorgt für unnötige Unruhe bei den Impfverweigerern, was zur Folge hat, dass auf stur geschal-

tet wird. Man erreicht das Gegenteil des gewünschten Effekts und liefert Munition für die Rattenfängerpartei.

Erstaunlich ist, dass gerade die erfreulich schnelle Entwicklung der Vakzine als Hauptargument für deren Ablehnung dient. Man befürchtet genetische Veränderungen, obwohl angesehene Wissenschaftler dies komplett ausschließen. Auf der anderen Seite haben viele Leute, die eine Impfung verweigern, keine Bedenken, Medikamente zu nehmen, deren Beipackzettel auf mögliche, teilweise schreckliche Nebenwirkungen aufmerksam machen. Aber Angst vor einer Impfung?

Anita u. F.W. Osterloh, Frankfurt

Wer hat da keine Hausaufgaben gemacht?

Wie könnte man das Corona-Pandemiegesehen einem kleinen Kind erklären? Vielleicht so: Da sitzt so ein Weihnachtsmann oder Nikolaus da oben und beobachtet die Menschheit. Und als er das bitterböse Treiben der Menschen nicht mehr mit ansehen konnte, sagte er zu seinem Knecht: „Es reicht, schick ihnen das Virus.“ Immer wenn Querdenker und solche, die es werden wollen, die Wörter „Zeit nach Corona“ und „Wirtschaft wieder auf das Niveau von vor Corona bringen“ in den Mund nehmen, stellt der Weihnachtsmann das fest und sagt: „Sieh mal, da will jemand wieder seine Hausaufgaben nicht machen! Knecht, lass die Mutation raus.“

Ein sarkastischer Gedanke, aber das Treiben der Menschheit legt ihn nahe. So verwerflich erscheint es mir nicht unter dem Aspekt, dass meine Frau, mein Hund und ich gern die nächsten entsetzlichen Klimakatastrophen-sommer überleben würden, die durch Corona-Ignoranten bis in die höchsten Reihen, denen TUI und Lufthansa wichtiger sind als Fahrradwege, mehr angefeuert werden als durch diejenigen, die bereit wären, aus Corona zu lernen. Martin Thurau, Schweinfurt

Diskussion: frblog.de/lf-20210118



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:

069 / 2199-3666

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/forum-20210125

Übersicht über die Themen: frblog.de/aktuell

Warten wir mal ab

US-Präsident Joe Biden: „Sein großer Moment“, FR-Politik vom 21. Januar

Als Gerhard Schröder 1998 diesen Pfälzer Saumagen-Typen, der in seinem Wahlkampf 1982 die geistig moralische Wendung ausgerufen hat, an der wir heute noch leiden, als Bundeskanzler ablöste, habe ich Freudentränen geweint. Dann outete sich der Genosse der Bosse mit dem Jugoslawienkrieg, Hartz IV usw. Vorbei war's mit den utopischen Träumen einer besseren Welt.

Gönnen wir dem Joe Biden in den USA also die Party mit all ihren schönen Bildern von Feuerwerk, mit gut gekleideten, singenden Popstars und so weiter, aber warten wir erst einmal ab, was da politisch noch so auf uns zukommt.

Karsten Neumann, Nürnberg/Bethang

Diskussion: frblog.de/sechster-januar

Taktisch fahrlässig

Laschet: „Chef einer gespaltenen Partei“, FR-Politik vom 18. Januar

Ich denke mal, Söders Gratulation ist ein Akt der Fairness gewesen. Der Ton war aber doch den derzeitigen Außentemperaturen angepasst. Und der Wunsch auf gute Zusammenarbeit war auch mehr rhetorisch von Söder, wenn man auf die letzten Konkurrenzaktionen zurückschaut. Da dann noch die Kanzlerfrage ins Spiel zu bringen, wäre taktisch äußerst fahrlässig gewesen.

Rainer Prosik, Hattenhofen

Diskussion: frblog.de/laschet

Geförderte Blockierer

Zu: „Hybridaautos gefährden Klimaziele“, FR-Wirtschaft vom 18.1.

Ich kann Joachim Wille nur zustimmen. Hybridfahrzeuge sind keine wirklichen Elektroautos. Sie fahren überwiegend mit Verbrennungsmotor, werden mit Umweltprämie gefördert, anschließend noch steuerlich begünstigt, dürfen mit E-Kennzeichen fahren und das Allerschlimmste: Sie blockieren die immer noch zu wenig vorhandenen Ladesäulen für reine Elektrofahrzeuge. Ich fahre seit sechs Jahren rein elektrisch und erlebe seit zirka einem Jahr immer öfter, dass Ladesäulen durch Hybridfahrzeuge blockiert werden. Ich kann nur unterstreichen: Vergünstigungen für Plug-In-Hybride sollten an harte Kriterien für die elektrische Reichweite, die Leistung des E-Motors und den Nachweis einer regelmäßigen Lademöglichkeit geknüpft sein.

Martin Schallert, Schöffengrund

Eine Art von Manipulation, aber eleganter als Facebook

Wikipedia: „Wissen für alle“, FR-Panorama vom 15. Januar

Nur beschränkt zuverlässig und nicht frei von Einflussnahme, aber wegen seiner 2,5 Millionen Einträge gewaltig – so kann man die Einschätzungen von Wohlmeinenden über die deutschsprachige Variante der Internet-Enzyklopädie Wikipedia zusammenfassen. Wikipedia setzt (theoretisch) andere Standards als Desinformationsmedien wie Facebook. Aber sie weist auch die typischen Schwachstellen aller (vermeintlich) kostenlosen Internetangebote auf.

Wikipedia fehlt eine Redaktion und damit eine verantwortliche Instanz, die man von einem Massenmedium allein aus presserechtlichen Gründen erwarten darf. Fachliche Zugangsvoraus-

setzungen für Autoren, unter denen sich erkennbar unzählige gebildete Amateure befinden, sind nicht bekannt. Im Gegensatz dazu verfügt die gebührenpflichtige Brockhaus-Online-Enzyklopädie über eine ständige Redaktion von sieben Wissenschaftlern und über externe Experten.

Ein besonders aktiver Teil von Wikipedias Hobby-Autoren korrigiert zwar Falschinformationen. Doch das betrifft im Wesentlichen nur populäre Themen. Trügerische bis eindeutig falsche Auskünfte bei komplexeren Zusammenhängen und Spezialistenwissen bleiben entweder unerkannt oder werden mit allgemeinen Warnhinweisen versehen. Dieses Manko wird ver-

schärft durch das Einschleusen von PR-Beiträgen aus Unternehmen, Verbänden und politischen Parteien. Was bei oberflächlicher Betrachtung den Anschein einer differenzierten Beschreibung erweckt, erweist sich beim genaueren Lesen als Vermittlung einseitiger Interessen unter Vernachlässigung von Tatsachen. Diese Art von Manipulation ist eleganter als bei Facebook.

Ein von Anfang an wunder Punkt ist das Abschreiben von Sachartikeln aus anderen Nachschlagewerken. Damit das Verfahren nicht auffällt, wird umformuliert. Folglich finden sich in Wikipedia viele Texte, die zwar eine korrekte Arbeitsgrundlage vermuten lassen, die aber

durch unzureichenden sprachlichen Ausdruck verfälscht wurden. Ähnlich beliebt ist das Kürzen.

Die Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichte 2012 einen Beitrag über die Nutzung von Wikipedia durch Journalisten. Die meisten der Befragten vertrauten damals diesem Online-Lexikon und nutzten es für ihre eigene Recherche. Neun Jahre später ist es dort anscheinend immer noch beliebt; nach dem Eingeständnis einiger diene es jedoch lediglich zur ersten Groborientierung. Demgegenüber ist es nach meiner Kenntnis in Universitäten verpönt und gilt als nicht zitierfähige Fundstelle.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt